



Was verstehen die Russen unter Demokratie

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

September 2015

Zusammenfassung

In erster Linie (39 %) verstehen die Russen unter „Demokratie“ die Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubensbekenntnisses. 62 % halten Demokratie in Russland für notwendig. Aber diese Demokratie muss den nationalen Traditionen und der Spezifik Russlands entsprechen (55 %). Die Hälfte der Befragten hält es für gut, wenn die Macht auf verschiedene staatliche Strukturen verteilt ist, die sich gegenseitig kontrollieren. 57 % meinen, dass in Russland nicht alle gleich vor dem Gesetz sind. 39 % sind der Ansicht, dass es egal ist, ob man wählen geht oder nicht. Drei Viertel stellten fest, dass von allen Rechten das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Unantastbarkeit am meisten verletzt wird. 54 % halten Straßenmeetings und Demonstrationen für normale demokratische Mittel der Bürger zur Erreichung ihrer Ziele, und die Macht hat nicht das Recht, diese zu verbieten.

Am häufigsten informieren sich die Russen über Politik durch das Fernsehen (45 %), deren drei föderalen Kanäle staatlich oder halbstaatlich sind. An zweiter Stelle rangiert als regelmäßiges Informationsmittel das Internet (19 %). Auf die Frage, welche Zeitung regelmäßig gelesen wird, antworteten 45 % gar keine. Um Einfluss auf die Politik nehmen zu können, wurden mit 41 % zuerst die Massenmediengenannt.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analyse

Am 12. August veröffentlichte das Moskauer Meinungsforschungsinstitut Lewada-Zentrum die kurze Zusammenfassung einer Studie über die Demokratie in Russland, die das Lewada-Zentrum in Auftrag gegeben hatte.¹ Die 43-seitige Analyse beruht auf Befragungen der Russen nach den wichtigsten Problemen, Rechten und Freiheiten sowie nach der politischen und zivilen Teilhabe.² Dabei stützten sich die Autoren, um den Verlauf der Meinungen vom Januar 1995 bis Mai 2015 feststellen zu können, auf Studien, welche die Staatliche Universität-Hochschule für Wirtschaft, die Moskauer Schule für politische Forschungen, die Gesellschaftliche Kammer der Russischen Föderation und das Lewada-Zentrum durchgeführt haben. Das bedeutet, dass die Fragen zu verschiedenen Zeitpunkten gestellt wurden. Im Folgenden werden wichtige Antworten in zwei Blöcken wiedergegeben und anschließend jeweils zusammengefasst.

Demokratiestatus

Unter „Demokratie“ verstanden im März 2015 mit 39 % in erster Linie die Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubensbekenntnisses, gefolgt von dem wirtschaftlichen Aufblühen des Landes mit 27 %, von Ordnung und Stabilität mit 25 %, strenger Gesetzlichkeit mit 22 %, und die direkte Wahl aller höchsten staatlichen Führer mit 20 % (Mehrfachantworten waren möglich).

Ist für Russland Demokratie nötig? Im September 2014 bejahten diese Frage 62 %, 24 % hielten die Demokratie für Russland nicht geeignet. Welche Demokratie ist für Russland geeignet? Die meisten, 55 % waren der Meinung, dass Russland eine besondere Form der Demokratie benötigt, die den nationalen Traditionen und der Spezifik Russlands entsprechen. 16 % wollen eine Demokratie, die der sowjetischen entspricht, nur 13 % eine Demokratie wie in den entwickelten europäischen Ländern und in den USA. Das dürfte dem Prozentsatz der Bevölkerung entsprechen, die mit Putins Politik nicht einverstanden sind und die sozial gesehen weitgehend dem Mittelstand angehören dürften, die sich unter Putin herausgebildet hat, vor allem in den Großstädten, besonders in Moskau und in St. Petersburg.

Im Dezember 2014 wurde gefragt, warum es in Russland keine Demokratie gibt. 37 % waren der Meinung, dass es nirgends auf der Welt eine Demokratie gibt, die der Schönheit dieses Wortes entspricht, 31 % hielten Russland noch nicht reif für eine Demokratie, für 25 % usurpierten die Regierenden die Macht, 16 % vertraten die Ansicht, dass die Demokratie ein für Russland fremdes System ist. Und 11 % stellten fest, dass die Opposition eine schwache Politik betreibt.

Über die Macht haben die Russen keine Illusionen (Stand Dezember 2014): Für 61 % haben sich die Beamten und Abgeordneten vom Volk abgewandt, die Anliegen der kleinen Leute interessieren sie nicht. Für solche Leute wie mich ist es schwierig, ohne den Staat zu leben, meinen 46 %, was bedeutet, dass fast die Hälfte der Bevölkerung vom Staat abhängig ist. 39 % stellten fest, dass der Staat ihnen so wenig gibt, dass sie ihm gegenüber zu nichts verpflichtet sind. 27 % ist es völlig egal, was die Macht tut, Hauptsache, sie mischt sich nicht in mein Leben ein. Für drei Fünftel der Befragten ist die Macht nicht der Gesellschaft unterstellt. Schuld daran ist zu 60 % die Macht, die Bevölkerung zu rund 25 %.

¹ <http://www.levada.ru/12-08-2015/rossiyane-ne-veryat-v-vybory-khot-i-otnosyatsya-k-demokratii-khorosho>

² http://www.levada.ru/sites/default/files/report_fin.pdf



Das Verhältnis zur Macht sieht im Juli 2015 folgendermaßen aus: 23 % „bemühen sich zu kriegen, was sie verdient haben“, 8 % bemühen sich darum, keine persönliche Kontakte zur Macht zu haben und 69 % fällt es schwer zu antworten. 22 % sind der Ansicht, dass die Macht der Gesellschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist, 18 % unterstützen diese Meinung nicht und 60 % fällt es schwer zu antworten.

Die Gründe für die fehlende Rechenschaftspflichtigkeit der Macht sehen 49 % darin, dass die Beamten Bürger bis zur Annahme wichtiger Beschlüsse nicht zulassen. 19 % sehen die Schuld in der Passivität der Bürger, die Macht zu kontrollieren, für 14 % sind die Menschen durch ihre Alltagsangelegenheiten zu beschäftigt, 10 % stellen fest, dass die Macht eine konsequente Politik zur Begrenzung der Rechte und Freiheiten verfolgt.

Bei der Frage nach dem Schutz vor Willkür waren im Dezember 2014 57 % der Meinung, dass in Russland nicht alle gleich vor dem Gesetz sind (17 % ja). 40 % fühlen sich nicht geschützt vor der Willkür der Macht (24 % ja). 35 % waren *nicht* der Ansicht, dass man sein Recht vor Gericht bekommt (23 % ja), 31 % meinten, dass man die Macht offen folgenlos kritisieren kann, 28 % nicht.

Die Macht sollte auf verschiedene staatliche Strukturen verteilt sein, die sich gegenseitig kontrollieren, hielten im vergangenen Dezember 50 % für gut, 36 % würden die Macht lieber in der Hand des Präsidenten konzentriert sehen, egal wer das Amt ausübt. In diesem Februar hielten 54 % Straßenmeetings und Demonstrationen für normale demokratische Mittel der Bürger zur Erreichung ihrer Ziele, die Macht hat nicht das Recht, diese zu verbieten. 34 % waren gegenteiliger Meinung, weil Straßenmeetings und Demonstrationen die Umgebung stören und zur Unordnung führen, weswegen sie von der Macht zu verbieten sind.

Auf der regionalen Ebene waren im Dezember 2014 69 % der Befragten dafür, dass die Gouverneure von der Bevölkerung direkt gewählt werden, auch die Bürgermeister. Von den Wahlen hatten die Befragten keine hohe Meinung. 39 % stellten fest, dass es egal ist, ob man zur Wahl geht oder nicht. 36 % meinten, dass die Wahlen Betrug sind, denn alles wurde bereits vorher entschieden. 33 % interessierten sich nicht für die Wahlergebnisse. 28 % sind davon überzeugt, dass die Wahlen ehrlich ablaufen. Für 24 % stand fest, dass anständige Leute in Russland zu den Wahlen nicht zugelassen werden. 17 % stellten fest, dass viele Wähler zu unwissend sind, weswegen ihnen das Wahlrecht entzogen werden sollte.

Auf die Frage, welche Probleme Russland im Januar 2015 am meisten bedrohen, wurden folgende genannt (Mehrfachantworten waren möglich, in Klammern Januar 2014): Preisanstieg und Verarmung der Bevölkerung 54 % (49 %), die ökologische Krise 49 % (29 %), das Hereinziehen Russlands in militärische Konflikte 33 % (12 %), die Zunahme der Arbeitslosigkeit 26 % (31 %), das Wachstum der Spannungen mit dem Westen 22 % (7 %), das Anwachsen der Unbestimmtheit der Zukunft 16 % (12 %), die Konflikte mit bestimmten Ländern 13 % (9 %), die Zunahme der Abhängigkeit vom Westen 11 % (11 %), die Schwäche und Inkompetenz der Führung des Landes 9 % (13 %), die Willkür der Macht 9 % (12 %). Die wirtschaftlichen und ökologischen Probleme beunruhigen die Russen am stärksten, aber dann folgt schon die Sorge wegen politischer Probleme und Sicherheitsproblemen.

Auf die Frage nach den wichtigsten Verletzungen der Rechte und Freiheiten in Russland wurden im Dezember 2014 folgende Antworten gegeben: Recht auf Leben, Freiheit und persönlicher Unantastbarkeit 74 %, Recht auf medizinische Hilfe, sozialen Schutz und Lebensniveau 68 %, Recht auf kostenlose Bildung und gleicher Zugang zu Bildung 59 %, Recht auf Arbeit und gerechte Bezahlung 58 %, Recht auf ein gerechtes Gericht 47 %, Unantastbarkeit des Eigentums und der Wohnung 42 %, Recht auf Freiheit von Gewalt, Erniedrigung und Willkür 38 %, Recht auf Erholung und Muße 33 %, Freiheit, sein Eigentum wahrzunehmen 36 %, Freiheit des



Wortes 32 %, Recht auf Information 26 %, Freiheit des Wohnorts 26 %, Freiheit des Glaubensbekenntnisses und des Gewissens 24 %, Freiheit, eine Familie zu gründen, und Gleichberechtigung in der Ehe 24 %, Freiheit, am öffentlichen gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können 17 %, Freiheit zu friedlichen Versammlungen und Assoziationen 15 %.

Zusammenfassung

Die Aussagen mit der jeweils häufigsten Zustimmung vermitteln folgendes Demokratiebild der Russen, wobei die größte Zustimmung nicht immer bei 50 % oder höher liegt, sondern bei einem sehr differenzierten Antwortbild deutlich darunter:

- Unter „Demokratie“ verstanden im März 2015 39 % die Freiheit des Wortes, der Presse und des Glaubensbekenntnisses.
- Demokratie hielten im September 2014 62 % in Russland für nötig.
- Russland benötigt eine besondere Form der Demokratie, die den nationalen Traditionen und der Spezifik Russlands entsprechen: 55 % (September 2014).
- Auf die Frage, warum es in Russland keine Demokratie gibt, antworteten im Dezember 2014, dass es nirgends auf der Welt eine Demokratie gibt.
- Für 61 % haben sich die Beamten und die Abgeordneten in Russland vom Volk abgewandt, die Anliegen der kleinen Leute interessieren sie nicht (Dezember 2014).
- Im Verhältnis zur Macht bemühen sich im Juli 2015 23 % zu kriegen, was sie verdient haben (Juli 2015).
- Die Gründe für die fehlende Rechenschaftspflichtigkeit der Macht sahen im Dezember 2014 49 % darin, dass die Beamten Bürger bis zur Annahme wichtiger Beschlüsse nicht zulassen.
- Im Dezember 2014 waren 57 % der Meinung, dass in Russland nicht alle gleich sind vor dem Gesetz.
- Im Dezember 2014 hielten es 50 % für gut, wenn die Macht auf verschiedene staatlichen Strukturen verteilt ist, die sich gegenseitig kontrollieren.
- Im Februar 2015 hielten 54 % Straßenmeetings und Demonstrationen für normale demokratische Mittel der Bürger zur Erreichung ihrer Ziele, die Macht hat nicht das Recht, diese zu verbieten.
- Für die direkte Wahl der Gouverneure und der Bürgermeister sprachen sich im Dezember 2014 69 % aus.
- 39 % stellten fest, dass es egal ist, ob man zur Wahl geht oder nicht (Dezember 2014).
- Im Januar 2015 fühlten sich 54 % vom Preisanstieg und der Verarmung der Bevölkerung bedroht.
- Im Dezember 2014 stellten 74 % fest, dass das Recht auf Leben, Freiheit und persönliche Unantastbarkeit verletzt wird.

Politische und bürgerliche Teilhabe

Im Dezember 2014 informierten sich die Russen über Politik regelmäßig zu 45 % aus dem Fernsehen, gefolgt vom Internet mit 19 %, dem Radio mit 11 %, durch Zeitungen 9 % und analytische Zeitschriften mit 4 %. Beim Fernsehen rangiert der Erste Kanal an erster Stelle mit 78 %, gefolgt vom Fernsehkanal Russland mit 66 %, NTW



mit 51 %, Russland 24 mit 41%, dem Bezahlfernsehen mit 24 % , dem 5. Kanal mit 19 %, TEZ mit 18 %, Kultur mit 13 %, Moskau 24 sowie das Businessfernsehen RBK mit je 10 %, und Euronews mit 8 %. Die ersten drei Fernsehstationen sind halbstaatlich oder halbstaatlich (NTW gehört GAZPROM, das zu 50 % staatlich ist). Mittels des bekannten und einzigen kremlkritischen Rundfunksenders „Echo Moskwj“ informieren sich über Politik 9 % der Befragten.

Auf die Frage, welche Zeitung regelmäßig gelesen wird, antworteten 45 % gar keine, 20 % die Wochenzeitung „Argumenty i fakty“, 19 % die regionalen Zeitungen, 11 % die boulevardähnliche Zeitung „Komsomolskaja prawda“. Von den bekannten überregionalen Zeitungen werden gelesen: die Regierungszeitung „Rossijskaja gaseta“ 5 %, die „Nesawissimaja gaseta“ („Unabhängige Zeitung“) 3 % und „Komersant“ sowie „Nowaja gaseta“ („Neue Zeitung“) je 2 %. Auf die Frage nach den regelmäßig genutzten Internet-Seiten rangierten mit 27 % Jandex-Nowosti an erster Stelle, gefolgt von Lenta.ru sowie Nowosti Mail.ru mit je 10 %. 25 % antworteten, dass sie überhaupt kein Internet nutzen, und 26 %, dass sie keine der gefragten Seiten aufrufen.

Dann wurde im April 2015 eine konkrete politische Frage nach russischen Truppen in der Ukraine gestellt. 38 % der Befragten meinten, dass sich russische Truppen in der Ukraine befinden, was geleugnet wird und dass dies eine richtige Politik ist. 37 % waren der Meinung, dass die russische Führung die Wahrheit sagt, dass sich keine russischen Truppen in der Ukraine befinden, 11 % sind der Ansicht, dass sich russische Truppen in der Ukraine befinden und dass die Leugnung dessen zur Eskalation beiträgt, und 16 % fiel es schwer zu Antworten. Also die knappe Hälfte (49 %) der Befragten geht davon aus, dass sich russische Truppen in der Ukraine befinden.

Im Dezember 2014 waren 21 % bereit, in die Politik zu gehen, 70 % nicht. Von denen, die nicht bereit waren, sich politisch zu engagieren, antworteten 25 %, dass sie keine Zeit hat für Politik haben. Je 18 % antworteten, weil sich Politik mit Macht befasst, und weil sie von Politik nichts verstehen. 13 % erklärten, dass ihnen Politik völlig egal ist, weil sich sowieso nichts ändere. Für 12 % ist Politik eine schmutzige Angelegenheit. Interessanter sind die Antworten auf die politischen Ansichten, welche die Befragten vertreten: 32 % hatten überhaupt keine, je 16 % denken sozialdemokratisch bzw. kommunistisch, je 7 % staatsmännisch bzw. liberal, 4 % nationalistisch, 2 % monarchistisch und 1 % anarchistisch. Das heißt, dass nur etwas mehr als die Hälfte (55 %) der Befragten politische Ansichten haben, bei denen die kommunistischen sowie die sozialdemokratischen Positionen am stärksten vertreten sind (je 16 %), die knappe Hälfte der Bevölkerung (45 %) aber unpolitisch ist.

Bezogen auf die Präsidentenwahl hätten im vergangenen Dezember 55 % Putin gewählt, 4 % den KPdSU-Chef Gennadij Sjuganow, 3 % den Vorsitzenden der nationalpopulistischen Liberaldemokraten Wladimir Schirinowskij und 1 % Verteidigungsminister Sergej Schojgu. Die restlichen 37 % Prozenkte entfielen auf die Unentschlossenen bzw. auf diejenigen, die nicht bereit sind, zur Wahl zu gehen. Aus den Antworten auf die Frage nach den Staatsdumapräferenzen zeigen, dass das Parlament dann nur noch zwei Fraktionen hätte wegen der Sieben-Prozent-Hürde, denn 44 % würden die Machtpartei „Einiges Russland“ wählen und 7 % die Kommunisten.

Die Meinung über die Opposition ist für diese im Dezember 2014 nicht sehr schmeichelhaft: 50 % glauben, dass die Opposition nur darum besorgt ist, an die Macht zu kommen und nicht, um die Angelegenheiten der Bevölkerung zu vertreten. 48 % stellten fest, dass sich unter den Oppositionellen viele Gebildete und Profis befinden. Für 42 % ist die Opposition zerstückelt und nicht in der Lage, sich zu vereinigen. Und 30 % sind der Ansicht, dass es in Russland gefährlich ist, sich in Opposition zur Macht zu befinden.



Im Dezember 2014 wurden die Menschen gefragt, in welchem Maße sie Einfluss auf die Politik nehmen können: An erster Stelle rangierten mit 41 % die Massenmedien, an die man sich wenden könnte, gefolgt mit je 33 % von Beschwerden gegenüber den Machtorganen und Gesuchen an diese bzw. die Unterstützung von politischen Parteien und der Kandidaten bei Wahlen, 30 % durch aktive Teilnahme in gesellschaftlichen Vereinigungen, Organisationen, Gewerkschaften, welche die Macht kontrollieren, 28 % setzen auf die Teilnahme an friedlichen Meetings, Demonstrationen sowie Streiks, und 15 % sind zu radikalen Protestaktionen sowie zur Anwendung von Gewalt.

Zusammenfassung

Die Bereitschaft zur politischen und bürgerlichen Teilhabe lässt sich aus Antworten mit der häufigsten Zustimmung erkennen:

- Regelmäßig informieren sich die Russen über Politik zu 45 % durch das Fernsehen.
- Die knappe Hälfte (45 %) der Befragten las regelmäßig keine Zeitung.
- Die knappe Hälfte der Befragten (49 %) ging im April 2015 davon aus, dass sich russischen Truppen in der Ukraine befinden.
- Im Dezember 2014 waren 70 % nicht bereit, in die Politik zu gehen.
- Nur etwas mehr als die Hälfte (55 %) der Befragten haben politische Ansichten.
- Bei den politischen Ansichten überwiegen mit je 16 % die sozialdemokratischen bzw. kommunistischen.
- Wenn die Präsidentenwahl im vergangenen Dezember gewesen wäre, hätten 55 % Putin gewählt.
- Bei einer Staatsdumawahl hätten 44 % für die Machtpartei „Einiges Russland“ votiert.
- Bezüglich der Opposition waren 50 % der Ansicht, dass diese nur darum besorgt ist, an die Macht zu kommen und nicht, um die Angelegenheiten der Bevölkerung zu vertreten.
- Um Einfluss auf die Politik nehmen zu können, rangieren an erster Stelle mit 41 % die Massenmedien.

Anmerkungen:

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im August-Newsletter „Russland intern aktuell“ des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.



Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider